

## Positionspapier der FDP Bremen

### Das Auto wird auch in Zukunft gebraucht

#### Einleitung

In Bremen fahren rund 300.000 Autos. Außerdem ist mit dem Mercedes-Werk eine der größten Produktionsstätten der Welt in der Hansestadt ansässig, welche weit über die Grenzen Bremens hinaus eine unglaubliche Strahlkraft und Wirkung erzielt.

In manchen Parteien wird der politische Wille nach außen getragen, die Menschen zum Umstieg auf das Fahrrad zu zwingen. Auch wenn attraktive Alternativen insbesondere im Bereich des ÖPNV und des Fahrradverkehrs sicherlich viele Autofahrten ersetzen können, können sie nicht viele Autokilometer ersetzen. Die Attraktivierung von Alternativen ist richtig und macht vielleicht manche Autofahrt und manches Auto überflüssig – viele Bremerinnen und Bremer sind aber auf ihr Auto angewiesen, werden auch in Zukunft ein Auto brauchen und möchten schlichtweg nicht darauf verzichten. 300.000 Autos in Bremen zeigen: Für einen Großteil der Bremerinnen und Bremer ist das Auto nicht wegzudenken und gehört zum Alltag völlig selbstverständlich dazu.

Anders als offensichtlich andere Parteien erkennen wir, dass 300.000 Autos alleine in Bremen nicht zu ignorieren sind und davon zeugen, dass das Auto für viele Menschen nicht nur ein notwendiges und wichtiges, sondern auch ein gern genutztes Verkehrsmittel ist. Insbesondere der schrittweise Umstieg von klassischen Verbrennern auf Elektroantriebe ist zu begrüßen, sollte aber entsprechend begleitet und gestaltet werden. Hunderttausende Autofahrer in Bremen dürfen nicht ignoriert werden. Die FDP Bremen bekennt sich, bei aller Notwendigkeit zum Ausbau und zur Attraktivierung ergänzender Verkehrsangebote, als einzige Partei klar zum Auto.

Das Land Bremen als zweitgrößter Logistikstandort Deutschlands braucht einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr. „Ideologiefreie“ Verkehrspolitik bedeutet, dass PKWs und LKWs fahren und nicht im Stau stehen sollten. Das grüne Verkehrsressort hat in den letzten 15 Jahren alles dafür getan, diesen Autoverkehr auszubremsen - mit dem Erfolg, dass Unternehmen Bremen verlassen haben und sich jetzt im niedersächsischen Umland tummeln und Bremen durch die vernachlässigte Verkehrswegesaniierung jetzt Jahre voller Baustellen und Staus vor sich hat.

Ja, der Auto- und Wirtschaftsverkehr wird vom rot-grün-roten Senat vernachlässigt, Autofahrer und Logistikunternehmen werden bewusst ausgebremst, von der Verkehrssenatorin an immer mehr Stellen in Bremen Stau verursacht. Lebensrealität der Bremerinnen und Bremer einerseits, und die Verkehrspolitik der grünen Verkehrssenatorin andererseits fallen massiv auseinander. Die grüne Verkehrspolitik richtet sich an ein kleines Klientel, an der großen Zahl an Autofahrern in Bremen wird Politik vorbei gemacht. Das muss ein Ende haben.

## Zielbeschreibung

Mit der fast schon religiösen Überhöhung bestimmter Verkehrsarten durch manche Parteien muss Schluss sein. Mit dem gegeneinander Auspielen von „den Fahrradfahrern“ gegen „die Autofahrer“ muss Schluss sein. Diese absolute Zuschreibung und das Schaffen von Feindbildern angeblicher homogener Gruppen löst das Problem nicht. Denn diese Gruppen gibt es nicht. Die meisten Bremerinnen und Bremer nehmen bei passendem Wetter gerne mal das Fahrrad, steigen für längere Fahrten auf das Auto um, freuen sich über einen gut ausgebauten und attraktiven ÖPNV und bewegen sich die meiste Zeit sowieso vermutlich zu Fuß durch die Stadt. Mobilität ist individuell. Nicht jedes Angebot passt zu Jedem – nicht jeder Tag ist gleich. Es geht also weniger um vermeintlich homogene Gruppen, und mehr um in die Frage, welche Fahrten zu welchen Tageszeiten mit welchen Verkehrsmitteln absolviert werden können.

Das künstliche Schaffen und anschließende gegeneinander Auspielen verschiedener Gruppen ist zu unterlassen. Dazu braucht es einen Verkehrsfrieden, der alle Verkehrsarten als Teil eines großen gemeinsamen Mobilitätskonzeptes begreift. Auch das Auto. Das Auto als für viele Menschen eines der wichtigsten Verkehrsmittel muss in der Verkehrspolitik wieder einen entsprechenden Stellenwert erhalten und als das behandelt werden, was es ist: Ein zentraler und wichtiger Baustein im Mix der Verkehrsarten.

## Maßnahmen

- Verschiedene Verkehrsarten wie bspw. Auto und Fahrrad sollten nicht mehr auf dieselbe Fahrspur geleitet werden, sondern wenn möglich jeweils eigene Fahrspuren verwenden. Dies gilt insbesondere dort, wo bereits eigene Fahrspuren existieren, aber bspw. aufgrund mangelnder Instandhaltung nicht mehr sicher nutzbar sind. Diese sind prioritär instand zu setzen und der Verkehr möglichst schnell zu entflechten.
- Chaotische und teure Verkehrsversuche wie in der Martinstraße, die lediglich Stau verursachen und damit weder zur Lebensqualität noch zum Klimaschutz beitragen, sind zukünftig zu unterlassen.
- Besserer Verkehrsfluss durch intelligente, digitalisierte und aufeinander abgestimmte Ampelschaltungen und mehr Ampel-Abschaltungen in Randzeiten. Das hat positive Auswirkungen auf Lebenszeit und Umwelt.
- Da das Auto auch zukünftig für viele Bremerinnen und Bremer und unsere heimische Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen wird, ist es Aufgabe der Politik, die Entwicklungen eher positiv zu begleiten und Veränderungen mitzugestalten. Der zügige Umstieg vom Verbrennern auf Elektro-Antriebe ist zu begrüßen. Er muss allerdings auch gestaltet werden. Die Vision vom Elektro-Auto, dass abends zuhause im Carport an den Hausstrom angeschlossen wird und morgens vollgeladen in den Tag starten kann, entspricht nur selten der Lebensrealität.

Die meisten Bremerinnen und Bremer wohnen in dicht besiedelten Gebieten in Etagenwohnungen oder Reihenhäusern ohne eigene Lademöglichkeiten vor Ort. Gleichzeitig wird sich für viele Menschen an der Frage nach bequemen und breit verfügbaren (Schnell-)Lademöglichkeiten der Umstieg auf ein Elektro-Auto entscheiden. Von daher ist es von strategischer Wichtigkeit, den Ausbau von Ladeinfrastruktur gezielt voranzutreiben – bspw. durch die konsequente Implementierung in Parkhäusern an mindestens 40% aller Parkplätze, durch Förderung in Zusammenarbeit mit kleinen und großen Arbeitgebern, durch Kooperationen mit Supermärkten u.v.m.

- Das Ziel, das Bild zugeparkter Straßenzüge zukünftig zu reduzieren, teilen wir. Die FDP Bremen spricht sich klar für eine Reduzierung des aufgesetzten Parkens aus. Schlichte Verbote lösen das Problem aber nicht, sondern verlagern es nur. Was es stattdessen braucht, sind kluge Lösungen mit ergänzenden Angeboten wie bspw. einer besseren Anbindung an den ÖPNV und Shuttle-Services insbesondere in entlegenen Gebieten oder Randzeiten, die Einbeziehung bestehender örtlicher Parkhäuser, eine Kombination aus örtlichen Vorzugsregelungen wie bezahlbarem Anwohnerparken und kostenpflichtigen Gastparkplätzen auf Zeit. Ein besonderer Fokus muss auf die Schaffung von Quartiersgaragen gelegt werden. Insbesondere bei neu entstehenden Quartieren sind Quartiersgaragen als Standard miteinzuplanen.
- Zu diesem Zweck sollen u.a. zur Entlastung öffentlicher Kassen in Zusammenarbeit mit der BrePark und anderen privaten Parkhausbetreibern attraktive und sozial verträgliche Konzepte für neue Parkhäuser in Quartieren entwickelt werden um dort, wo sich bei freistehenden/werdenden Flächen die Möglichkeit bietet, auf die zügige Errichtung von Quartiersgaragen durch Public-Private-Partnership hinzuwirken.

Das Auto muss wieder die Relevanz erhalten, die es verdient: Nicht als das einzige, aber als ein für viele Bremerinnen und Bremer sehr wichtiges und als Bestandteil einer dynamischen und modernen Großstadt nicht zu ignorierendes Verkehrsmittel, das zukünftig hoffentlich immer seltener mit Verbrennungsmotor und immer häufiger mit klimaschonendem Antrieb unterwegs sein wird, aus einer modernen Stadt aber auch zukünftig nicht wegzudenken ist.

**Bremen, 28. Juni 2022**

**FDP Bremen**